

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/08/2006
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Mittwoch, 25.10.2006
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Bündnis für Familien
5. IKO-Netz - Interkommunaler Vergleich mittlerer Großstädte zum Bereich der Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen und Schutzmaßnahmen
Präsentation der Dokumentation der interkommunalen Vergleichsarbeit durch Herrn Dr. Jens Pothmann
6. Neugestaltung der Elternbeiträge nach dem GTK
7. Offene Ganztagschulen im Primarbereich
hier: Investitionsvorhaben bei den Starter IV - Schulen zum Schuljahr 2007/2008
Vorlage: 0740/2006
8. Drogenhilfe Hagen
Hier: Mündlicher Bericht
9. Anfragen nach §6 Abs. 8 der GeschO des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Herr Strüwer begrüßt die Anwesenden und bittet aufgrund des Umfangs der Tagesordnung um das Einverständnis der Ausschussmitglieder, den Tagesordnungspunkt 8 „Drogenhilfe Hagen – Mündlicher Bericht – abzusetzen und im Januar 2007 zu beraten. Dann könne auch gleich der Jahresbericht mit behandelt werden.

Die Ausschussmitglieder sind einverstanden.

Weiterhin erläutert Herr Strüwer die Gründe, warum der Tagesordnungspunkt 2 „Antrag des VIKZ“ in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden soll.

Die Stadt Hagen sei keine Entscheidungsebene. Die Bewilligung für dieses Projekt erfolge über das Landesjugendamt. Am vergangenen Montag habe der Verband zu einem Informationsgespräch gebeten. Dort sei das Konzept von einem Anwalt des Verbandes präsentiert worden. Er habe dem Beauftragten des VIKZ das Angebot gemacht, das Konzept auch in der heutigen Sitzung vorzustellen. Die anschließende Diskussion der Ausschussmitglieder solle dann unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Dagegen bestehen keine Bedenken.

2. Mitteilungen

Herr Steuber weist auf die ausgelegte Tischvorlage zum Thema „Informationen zum Umgang bei Kindeswohlgefährdungen“ hin. Das aktuelle Geschehen in diesem Bereich löse tiefe Betroffenheit aus. Man habe die Situation in Bremen zum Anlass genommen, nochmals mit den pädagogischen Leitern zu reflektieren, ob man für diese Fälle vorbereitet sei. Man habe vereinbart, eine zusätzliche Arbeitsgemeinschaft nach dem SGB VIII einrichten zu wollen, um dort auch auf breiterer Ebene mit den freien Trägern zu reflektieren, was man tun könne, um solche Situationen möglichst einhundertprozentig auszuschließen.

Herr Kothe erläutert anhand der Tischvorlage das Verfahren, wie es in Hagen praktiziert wird. Die Tischvorlage ist der Niederschrift **als Anlage zu TOP 2** beigefügt.

Auf die Frage von Herrn Schledorn, wie die Instrumente anderer Städte eingeschätzt würden, antwortet Herr Steuber, dass die Handhabung der professionellen Verfahrenstandards ein Maximum an Sicherheit biete. Gleichzeitig wolle



man aber die Öffnung Richtung freier Träger als Impuls geben. Das solle die Handhabung der wechselseitigen Aktivitäten und Informationen bei Kindeswohlgefährdung sicherstellen.

Frau Burghardt spricht Frühwarnsysteme anderer Städte an, die darauf ausgerichtet seien, die Gefahren der Kindeswohlgefährdung abzuwenden. Sie möchte wissen ob die Stadt Hagen sich auf Landesebene diesen Projekten anschließen könne.

Herr Kothe entgegnet, dass es sinnvoll sei, abzuwarten, bis Ergebnisse und Inhalte von gewissen Projekten und Modellen vorlägen. Jugendhilfe sei mehr als Kontrolle vor Ort.

Frau Nowicki nimmt Bezug auf die Finanzhilfen der Stadt Hagen an die Kirchen ,die dazu dienten, die Plätze in den Kindertagesstätten zu erhalten. Diese Verträge liefen im Sommer 2007 aus. Zur Zeit stünde man mit Gesprächen mit der Stadt. Frau Nowicki möchte auf die dramatische Situation der Kirchen in diesem Bereich aufmerksam machen. Man sei gezwungen, Plätze abzubauen, habe jedoch zugesichert, dies in Absprache mit der Stadt zu machen. Sie bittet die Verwaltung, neuere Zahlen vorzulegen, damit die Vertreter der evangelischen Kirche im Vorfeld abgestimmt in das Gespräch am Montag gehen könnten.

Herr Dr. Schmidt sagt zu, dass die freien Träger und die kirchlichen Träger auch weiterhin unterstützt würden. Es werde ein Nachfolgeprogramm geben. Er äußert speziell in Richtung der evangelischen Kirche die Bitte, keine Entscheidungen im Einzelfall zu treffen. Dann sei von Seiten der Verwaltung keine Steuerung mehr möglich.

Herr Fischer informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass der Jugendring in Zusammenarbeit mit Herrn Goldbach über die Besetzung der halben Stelle „Toleranz- und Demokratieprojekte“ entschieden habe. Die Entscheidung sei zugunsten von Frau Cornelia König gefallen. Man sei sehr froh, dass rechten Tendenzen nunmehr noch besser und intensiver entgegengewirkt werden könnten.

Herr Goldbach teilt mit, dass man seit längerem versucht habe, mit der israelischen Partnerstadt insbesondere unter dem Gesichtspunkt „Jugendaustausch“ in Kontakt zu kommen.

Im nächsten Jahr finde auch das 10-jährige Städtepartnerschaftsjubiläum statt. Es sei nun gelungen, eine beiderseitige Absprache hinzubekommen. Es finde ein Blitzbesuch von drei Tagen mit einer kleinen Delegation statt, an dem auch der Oberbürgermeister, der erste Beigeordnete, der Vorsitzende des Jugendrings und er selbst teilnahmen. Dann könnten weitere Vereinbarungen zum Jugendaustausch getroffen werden.

Die zweite Mitteilung sei weniger erfreulich. Vor einigen Tagen habe die Verwaltung eine Klageschrift betreffend des Bolzplatzes in Eckesey in der Schillerstraße erreicht.

Ein Anlieger habe Antrag auf Räumung dieses Bolzplatzes gestellt. Die Stellungnahme der Verwaltung sei formuliert worden. Das Rechtsamt sei involviert.



Das Gericht habe die Akte über den Bolzplatz angefordert. Man müsse davon ausgehen, dass es hier zu einer rechtlichen Auseinandersetzung käme. Über die weitere Entwicklung werde der Ausschuss informiert.

3. Anliegen der Jugendräte

Herr Traut berichtet, dass die Vorlage zum gesamtstädtischen Jugendrat nunmehr fertiggestellt sei. Diese solle dem Jugendhilfeausschuss am 22. November und dem Rat als letztem Gremium in der Dezembersitzung vorgestellt werden. Wenn der Zeitplan eingehalten werden könnte, könnte der gesamtstädtische Jugendrat 2007 nach der ersten Sitzungsrunde der Bezirksjugendräte gegründet werden.

Weiterhin spricht er die Beschlüsse an, die zum Thema Flächennutzungsplan gefasst wurden. Als Folge dieser Beschlüsse gebe es in den nächsten Wochen in den Bezirksjugendräten außerordentliche Sitzungen. Hierzu seien Vertreter aus Politik, Verwaltung, Polizei und vom Ordnungsamt geladen, um mit den Jugendlichen über diese Pläne zu beraten und mitzuteilen, inwieweit diese realisierbar oder schon realisiert worden seien.

Dann stellt er Frau Fatima Caliscan als Nachfolgerin von Frau Christiane Lebusser vor.

Frau Caliscan berichtet von einem Wettbewerb zum Thema familienfreundliche Stadtentwicklung. Hier habe es einen Projektauftrag gegeben. Hier habe sich die Stadt Hagen angemeldet mit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen am Flächennutzungsplan. Hagen sei zur Preisverleihung am 20.11.06 in Gelsenkirchen eingeladen.

In den Bezirksjugendräten seien Neuwahlen durchgeführt worden. Erfreulicherweise sei festgestellt worden, dass sich wesentlich mehr Schulen und Jugendliche daran beteiligt hätten.

4. Bündnis für Familien

Frau Walter berichtet über die Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaften.

Die Ausführungen sind der Niederschrift **als Anlage zu TOP 4** zu entnehmen.



5. **IKO-Netz - Interkommunaler Vergleich mittlerer Großstädte zum Bereich der Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen und Schutzmaßnahmen
Präsentation der Dokumentation der interkommunalen Vergleichsarbeit durch Herrn Dr. Jens Pothmann**

Herr Dr. Pothmann von der Universität Dortmund präsentiert dem Ausschuss die Ergebnisse des interkommunalen Vergleichs mittlerer Großstädte im Bereich der Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen, und Schutzmaßnahmen (IKO-Netz).

Ziel dieser Dokumentation solle es sein, darzustellen, wo die Stadt Hagen sich im interkommunalen Vergleich befinde.

Die Darstellung kann **der Anlage zu TOP 5** entnommen werden.

Herr Strüwer stellt abschließend fest, dass es ungeheuer wichtig sei, diesen Vortrag gehört zu haben, da der Ausschuss ja häufig eine Maßnahme der Erziehungshilfen unter zwei verschiedenen Gesichtspunkten zu beurteilen habe. Einmal gehe es um den Schutz und die Stärkung der Familien und andererseits um die Finanzierung dieser Instrumente. Festzustellen sei, dass es bei den Erziehungshilfen in Hagen einen erheblichen Anstieg gegeben habe. Anhand des Vortrages sei festzustellen, dass Hagen im Vergleich mit anderen Städten kostenmäßig sehr günstig arbeite. Die Ausführungen hätten dazu geführt, dass man die Arbeit der Fachverwaltung und der Wohlfahrtsverbände unter einem anderen Blickwinkel betrachten könne.

6. **Neugestaltung der Elternbeiträge nach dem GTK**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer zeigt nochmals die Umstände auf, die zu einer Neugestaltung der Elternbeiträge führten. Die Frage stelle sich nun, ob man auf der Basis von 1,5 Millionen € fehlender Landeszuschüsse einen Teil dieses Betrages durch höhere Elternbeiträge kompensieren könne.

Heute liege nun ein Vorschlag als Tischvorlage (**siehe Anlage zu TOP 6**) vor, der einerseits die finanzielle Situation der Stadt berücksichtige, andererseits aber auch sozialverträglich sei. Aus Gründen der Sozialverträglichkeit sei deshalb anstelle der Vollkompensation des Fehlbedarfes lediglich die Kompensation der Hälfte des Betrages angestrebt. Darüber hinaus habe man berücksichtigt, dass gerade in den unteren Einkommensstufen die Mehrbelastung relativ gering gehalten werde und in der auf 15.000 € aufgestockten Stufe keine Elternbeiträge erhoben würden.

Auch würde dem Wunsch des Ausschusses entsprochen, die veränderten Elternbeiträge erst beginnend mit dem Kindergartenjahr 2007/2008 einzuführen. Auch der Gesichtspunkt der Harmonisierung in Bezug auf die Geschwisterregelung bei gleichzeitiger Inanspruchnahme der Offenen Ganztagsgrundschule



und von GTK-Einrichtungen sei berücksichtigt worden.
Dies sei eine deutliche Besserstellung zu dem, was man heute habe.
Die Sozialverträglichkeit sei auch durch die aktuell eingeführte steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten gewährleistet.

Herr Dr. Schmidt weist auf eine vorzunehmende Korrektur bei der Einkommensstaffel hin. Wenn man diese genau betrachte, entdecke man jeweils eine Lücke von 1,- Euro. Dies sei zu korrigieren.

Herr Dücker wiederholt seine Aussage, dass der Idealfall sei, wenn man nicht über Beitragserhöhungen reden müsste, sondern über Beitragsbefreiung. Man solle bei den jeweiligen Landes- und Bundesparteien darauf drängen, dass versucht werden solle, zumindest die Betreuung ab 3 Jahren beitragsfrei zu gestalten.

Er werde für diesen hier vorliegenden Kompromiss stimmen, der in einer sehr langwierigen und offenen Diskussion zustande gekommen sei. Die Argumentation sei durchgängig und schlüssig. Durch die Steuerreform sei ein Freibetrag vorhanden, den man einsetzen könne.

Herr Hanesel richtet seinen Dank an Politik und Verwaltung für die Beteiligung der freien Träger an der Meinungsbildung. Auch er hält den Vorschlag für tragfähig.

Herr Decker macht deutlich, dass seine Fraktion keiner Erhöhung zustimmen werde.

Die Stadt Hagen müsse positive Signale setzen und beweisen, dass sie eine familienfreundliche Stadt sei.

Frau Klos-Eckermann entgegnet, dass sie auch lieber um ein beitragsfreies Kindergartenjahr ringen würde. Wenn das aber die Haushaltslage der Stadt nicht hergebe, sei sie unter den Vorgaben sehr zufrieden, dass man es im Sinne von Familienfreundlichkeit hingekommen habe, zumindest die Geschwisterregelung zufriedenstellend zu regeln.

Herr Decker entgegnet, er könne einige Beispiele aufführen, dass die Stadt Hagen sich das leisten könne, was sie sich leisten wolle.

Herr Schledorn weist darauf hin, dass die Stadt Hagen seit 1981 Haushaltskonsolidierungen durchführe. Man müsse vernünftige mittelfristige Finanzplanung machen. Er weist die Aussage von Herrn Decker empört zurück.

Herr Dücker gibt Herrn Schledorn recht. Er fordert Herr Decker auf, mitzuteilen, wo gespart werden könne.

Herr Strüwer erinnert Herrn Decker daran, dass die Entscheidungen im Kinder- und Jugendbereich von Herrn Marscheider seinerzeit mitgetragen worden seien. In dieser Stadt würden 17 Millionen Euro Eigenanteil für die Kindertageseinrichtungen und 2 Millionen für Jugendeinrichtungen gezahlt. Zusätzlich werde zukünftig Jahr für Jahr 1 Million Euro für den Offenen Ganztag fließen. Eine weitere Million werde aufgewendet, um die U 3 – Betreuung zu forcieren. Das



seien erhebliche Subventionen und es mache keinen Sinn, die Stadt Hagen permanent anzugreifen und so zu tun, als wenn sie familienunfreundlich sei.

Er stellt abschließend den um die Korrektur und einen Satz erweiterten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Siehe beiliegende PDF-Datei

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 12

Dagegen: 1

Enthaltungen: 0

7. **Offene Ganztagsschulen im Primarbereich
hier: Investitionsvorhaben bei den Starter IV - Schulen zum Schuljahr
2007/2008
Vorlage: 0740/2006**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer weist auf die teilweise unterschiedlichen Beschlüsse hin, die bezüglich dieser Vorlage in der vorher beratenden Gremien gefasst wurden.

Herr Goldbach erklärt, dass man hier eine Investitionskostenvorlage vorgelegt habe. Gleichwohl seien im Text Auswirkungen auf die Betriebskosten enthalten. Aus aktuellem Anlass habe er eine wenig erfreuliche Mitteilung zu machen. Auf Seite 3, Teil 4 letzter Absatz der Vorlage sei hingewiesen auf ein Problem in der jetzigen Finanzierungsstruktur bei der Finanzierung von Eingruppenlösungen. Hier werde noch davon ausgegangen, dass eine Unterfinanzierung dieser Eingruppenlösung von 5.500 Euro da sei. Am vergangenen Montag habe die Steuerungsgruppe „Offene Ganztagsschule“ unter Trägerbeteiligung getagt. Dort sei trägerseits eingebracht worden, dass diese Eingruppenlösungen wie sie im Moment finanziert würden, nicht auskömmlich finanziert seien und aus Trägersicht so nicht weiter finanziert werden könnten.

Dem Grunde nach sei dieser Hinweis hier enthalten. Diese sei insofern konkretisiert, dass eine Rentabilität dann einsetze, wenn 30 Kinder erreicht seien. Dies sei für das kommende Antragsverfahren nicht planbar. Er halte es für wichtig, diese Mitteilung weiterzugeben, zumal der Betrag von 5.500 Euro in Richtung 8.000 Euro konkretisiert worden sei. Zur Betriebskostenregelung werde es eine weitere Vorlage geben.

Herr Haensel ergänzt, dass auch die Förderschulen betroffen seien was die



Platzzahl angehe.

Herr Dr. Schmidt erklärt, dass man durch diese Nachricht eine neue Finanzsituation habe. Man könne sicher diese Ausbauplanung jetzt mit dem Hinweis beschließen, dass der Beschluss unter dem Vorbehalt gefasst werde, in Bezug auf die Betriebskosten eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Herr Fischer weist darauf hin, dass der grundsätzliche Hinweis ja in der Vorlage enthalten sei.

Herr Strüwer fasst zusammen, dass es ja nur zwei Möglichkeiten gebe. Entweder gebe es Träger, die zu den bisherigen Konditionen zur Verfügung stehen oder es müsse politisch entschieden werden, ob es wert sei, den Betrieb auskömmlich für die Träger des Offenen Ganztages zu gestalten. Eine Entscheidung in der heutigen Sitzung über das Investitionsprogramm und am folgenden Tag im Haupt- und Finanzausschuss beinhalte in jedem Fall das Risiko, dass bei ungünstigen Bedingungen nicht unerhebliche Zuschusserhöhungen erforderlich sein können.

Herr Haense ist der Meinung, dass von diesem Problem die komplette Trägerlandschaft betroffen sei. Seine Sorge sei, dass insbesondere die Förderschulen darunter zu leiden hätten. Er hielte den Hinweis von Dr. Schmidt sehr sinnvoll, dies in eine Art Vorbehaltsbeschluss zu formulieren oder eine entsprechende Protokollnotiz darüber zu machen.

Herr Fischer erklärt, es dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass dieser Mehrbetrag erst dann dauerhaft zustande komme, wenn der Offene Ganztage sich nicht etabliere und keine Belegung durch 30 Kinder zustande komme. Wichtig sei, dass jedes eingruppige Angebot durchgängig mit der auch an anderen Schulen üblichen Qualität angeboten werde. Dies sei die Grundlage dafür, dass das Angebot sich mittelfristig etabliere und dann durch die volle Auslastung keine Zusatzfinanzierung mehr nötig sei. Dies müsse man bei der gesamten Diskussion berücksichtigen.

Herr Strüwer richtet die Frage an die Verwaltung, wieviel eingruppige Betreuungsangebote insgesamt vorhanden seien. In wieviel Gruppen habe man die angestrebten 30 Kinder nicht erreicht?

Herr Goldbach teilt mit, dass es OGS-Standorte gebe, an denen man freie Kapazitäten habe. Dies sei insbesondere dort, wo die Schulen relativ nah beieinander seien.

Aktuell gebe es 5 Eingruppenlösungen an 5 Standorten. Diese würden unter Umständen dadurch als Eingruppenlösungen stabilisiert, dass an anderer Stelle noch zusätzlich eine Eingruppenlösung verwirklicht würde, insbesondere in den unter Ziffer 7 aufgeführten Standorten.

Herr Gebauer macht deutlich, dass beim neuen Anmeldeverfahren durch die Öffnung der Schulgrenzen erst am 20. Dezember klar sei, welche Kinder in welche Schule gingen. Erst dann begänne die Anmeldung für den Offenen Ganztage. Seine Erfahrung aus der Praxis sei jedoch die, dass sich das Interes-



se am Offenen Ganztage erst langsam aufbaue. Dadurch sei es zum gegenwärtigen Zeitpunkt schwierig einzuschätzen, ob mit einer oder zwei Gruppen gestartet werden könne. Er fragt, ob es schon Tendenzen bezüglich der Grundschule Kuhlerkamp und der Grundschule Fincke gebe.

Nachdem diese Frage von der Verwaltung nicht beantwortet werden kann, möchte er seine Zweifel an der Aussage zu Punkt 2 deutlich machen. Er glaube nicht, dass es schon im Januar eine Aussage gemacht werden könne.

Unter Einbeziehung des Wortbeitrages von Frau Klos-Eckermann schlägt Herr Dr. Schmidt vor, einen Beschluss zu fassen und die Bedenken bezüglich der Finanzierung im Protokoll festzuhalten.

Herr Strüwer ist auch der Meinung, dass auf dieser Basis ein Beschluss vom Jugendhilfeausschuss gefasst werden solle. Von der Politik müsse auch außerhalb dieses Raumes Rechnung getragen werden, dass alle Beteiligten in vielen Fragen sehr wohl gewußt hätten, dass man hier finanzielle Zwänge zu berücksichtigen habe.

Er liest Punkt für Punkt des Beschlussvorschlages vor.

Punkt 1 – kein Widerspruch

Punkt 2 – Kein Widerspruch

Punkt 3 – Hier macht Herr Gebauer nochmal seine Bedenken deutlich.

Herr Fischer plädiert für eine intensive Werbephase in diesen Schulen und deren Elternschaft.

Herr Strüwer schlägt vor, die Schulen nochmals auf die Problematik und die Sachzwänge aufmerksam zu machen. Auch solle die Schulverwaltung regelmäßig über den aktuellen Anmeldestand informieren.

Punkt 4 – Herr Reinke stellt den Antrag und bittet den Ausschuss, bei diesem Punkt im ersten Teil wie die Bezirksvertretung in Hohenlimburg zu beschließen.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass der Schulausschuss im zweiten Teil bei diesem Punkt auch mit einer Änderung beschlossen habe. Er liest den Satz vor.

Diesen Vorschlägen folgt der Ausschuss.

Punkt 5 – kein Widerspruch

Punkt 6 – kein Widerspruch

Punkt 7 – Herr Strüwer schlägt vor, auch in diesem Punkt dem Beschluss des Schulausschusses zu folgen. Der Ausschuss ist damit einverstanden.



Herr Strüwer stellt den Beschluss mit den Änderungsvorschlägen zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die Ausbaumaßnahmen für die Grundschule Geweke, Grundschule Kuhlerkamp, Karl-Ernst-Osthaus Grundschule, Grundschule Meinolf, Grundschule Liebfrauen, Grundschule Berchum-Garenfeld, Janusz-Korczak Grundschule, Grundschule Henry-van-de-Velde, Grundschule Funckepark, Grundschule Wesselbach, Grundschule Vincke, August-Hermann-Francke-Schule (Förderschule), Pestalozzischule (Förderschule) werden auf Grundlage der ursprünglichen Planung realisiert.
2. Hinsichtlich der Ausbaumaßnahmen für die Grundschule Kuhlerkamp (1 oder 2 Gruppen) und die Erweiterung an der Grundschule Vincke (3. Gruppe) wird zunächst das Anmeldeverfahren im November abgewartet.
3. Die Ausbauarbeiten für die Gebrüder-Grimm-Grundschule werden auf Grundlage der geänderten Planung realisiert.
4. *Die Grundschule Reh kann im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zum Schuljahr 2007/2008 an der Offenen Ganztagschule teilnehmen. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Grobplanung mit überschlägiger Kostenschätzung für*
 - a) *eine Teilerneuerung der Grundschulgebäude*
 - b) *einen Schulneubau in Reh „Am Berge/ Auf dem Baukloh“ entsprechend einer existierenden Planung**als weitere Handlungsgrundlage der Politik vorzulegen.*
5. Die Ausbauarbeiten für die 4. Gruppe an der Emil-Schumacher-Grundschule werden aufgeschoben.
6. Die Ausbauplanung von 2 weiteren Gruppen für die Erwin-Hegemann-Grundschule wird nicht realisiert.
7. *Die Astrid-Lindgren-Grundschule und die Grundschule Rummenohl werden zur Offenen Ganztagschulen mit jeweils 1 Gruppe ausgebaut.*

Die Ausbaumaßnahmen sollen rechtzeitig vor Schuljahresbeginn 2007/2008 im Juli 2007 fertiggestellt sein.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



**8. Drogenhilfe Hagen
Hier: Mündlicher Bericht**

Der Bericht der Drogenhilfe wird auf die Sitzung im Januar 2007 verschoben.

9. Anfragen nach § 6 Abs. 8 der GeschO des Rates

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 18:25 Uhr

Gez. Strüwer
Vorsitzender

Gez. Krause
Schriftführerin